

Einwanderungsgesellschaft sozial und gerecht gestalten

Vorwort: Wer sich von dem ehemaligen Finanzsenator und Bundesbank-Vorstandsmitglied Thilo Sarazzin nicht sagen lassen will, dass die bundesrepublikanische Gesellschaft aus Parallelgesellschaften besteht, dass die Menschen nach ökonomischen Wertebegriffen und rassistischen Merkmalen einzuordnen sind, für den ist der folgende Aufsatz zur Unterstützung einer zielorientierten Diskussion gemacht.

Dieser Aufsatz ist weitgehend aus der Tagungsdokumentation „Zukunft 2020“ der Friedrich- Ebert- Stiftung abgeleitet. Die Autoren Günther Schultze, Axel Schulte, Dietrich Thränhardt, Ursula Boos- Nünning, Andreas Treichler, Hartmut Häussermann und Urmila Goel haben in dem umfangreichen Tagungsband sehr detailliert in der Analyse und in den Strategien der Integration ihren Beitrag geleistet. Wer sich in die Thematik tiefer einarbeiten möchte, dem sei diese Unterlage mit dem Titel „Einwanderungsgesellschaft Deutschland- Wege zu einer sozialen und gerechten Zukunft- des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich Ebert Stiftung ISBN: 978-3-86872-165-2“ empfohlen.

Ich habe die einzelnen Aufsätze in ihren Themen verknüpft, in ihrer „Soziologensprache“ weitgehend übersetzt, verkürzt und mit eigenen Anschauungen ergänzt .

Wenn der bundesrepublikanische Kopf der NPD Udo Voigt die Thesen aus der unsäglichen Zeit des Nationalsozialismus mit seiner rassistischen Ideologie vorgestellt hätte, es hätten nur Parteimitglieder gelauscht, ein paar rechte Blätter darüber kurz berichtet und der Verfassungsschutz hätte evtl. den Prüfungsauftrag auf Volksverhetzung. Stellt allerdings Thilo Sarazzin mit seiner Reputation ein Buch vor, dann wird unterstellt, dass viele so denken würden und dieser Mann hätte den Mut dies auszusprechen. Fragt man diejenigen die diese Meinung vertreten, dann kommt die oberflächliche Forderung an die Migranten und ihre Nachkommen dass sie Deutsch können müssen und das Grundgesetz anzuerkennen haben. Da die Amtssprache dieses Landes deutsch ist und wie jedes Land der Welt Gesetze hat, die einzuhalten sind, dann ist mit dieser Selbstverständlichkeit das Thema Integration beendet. So einfach ist es jedoch nicht.

Definition der Integration

Hier gibt es ein breites Angebot. Eine für die folgende Abhandlung gängige Definition von Integration lautet: Integration ist die gleichberechtigte Teilnahme am wirtschaftlichen, politischen kulturellen und sozialen Leben (Bommes 2006, S.30)

Fördern und fordern, dass ist das angebliche Leitmotiv der Hartz- Gesetze. Auch in der bestehenden Integrationspolitik gibt es soziale und kulturelle Standards der aufnehmenden Gesellschaft wie Sprachkenntnisse, berufliche Qualifikationen, Kulturtechniken usw. Das ist das Fordern.

Zum Fördern gehört jedoch, dass die aufnehmende Gesellschaft sich der MigrantInnen öffnen und Kultur- und Sozialtechniken anpassen muss.

In einer kapitalistischen Gesellschaft ist soziale Ungleichheit ein unbestreitbares Merkmal. Das Ziel einer gerechten Gesellschaft von freien gleichen Individuen wie es in den Menschenrechten verankert ist tritt mehr und mehr in die Ferne zugunsten einer ökonomischen Fixierung. Diskriminierungen aufgrund ethnischer und sozialer

Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Religionszugehörigkeit, Alter oder Behinderung sind die Verstärker dieser sozialen Ungleichheit.

Unter Berufung auf das in anderen Zusammenhängen der Integration oft bemühten Grundgesetzes sei hier auf die *Verpflichtung* aller staatlichen Gewalt nach Art. 1 Abs.1 S.2 eingegangen:

- die *Achtung* der Menschenrechte durch den Staat; dies impliziert die Verpflichtung den einzelnen Menschen nicht an der Ausübung seiner Rechte zu hindern.
- Der *Schutz* vor Eingriffen Dritter, womit die Verpflichtung einhergeht die Rechte des Einzelnen vor den Eingriffen Dritter zu schützen.
- Die *Gewährleistung* der Menschenrechte durch staatliche Leistungen, wodurch der Staat verpflichtet ist die Ausübung der Menschenrechte zu fördern.

Aus aktuellem Anlass ist unter diesem Licht die Zuschauerrolle des Staates zu verurteilen der die rassistischen Äußerungen von Thilo Sarrazin gewähren lässt, ohne diese mit Strafe zu verfolgen.

Integrationspolitik in Großbritannien und Frankreich im Vergleich zu Deutschland

In Großbritannien sind ganze Stadtteile sind von bestimmten Einwanderungsgruppen geprägt. Ethnische und religiöse Unterschiede werden weitgehend beachtet. Eigenheiten der Kleidung von Minderheiten, wie die Turbane der Sikhs und die Kopftücher der muslimischen Frauen versucht man in das öffentliche Erscheinungsbild zu integrieren.

Anders in Frankreich: Hier unterstreicht der „Universalismus“ die gleichen Rechte und Pflichten für alle Bürger, unabhängig von ihrer Herkunft. Das Verbot des Kopftuchs und anderer religiöser Zeichen in den französischen Schulen für Lehrerinnen und Schülerrinnen ist hier in - Einheit der Linken mit der republikanischen Rechten- durchgesetzt.

Weder das britische multikulturell-pluralistische, noch das französische republikanische-egalitäre Modell konnten Benachteiligungen und Diskriminierungen von Einwanderern verhindern.

Deutschland hat sich noch nicht festgelegt, mal dominieren Fragmente des einen, wie die des anderen Modells.

Obwohl Deutschland nach vielen Jahrzehnten eines der Haupteinwanderungsländer in Europa war und bis 1973 eine aktive Anwerbungspolitik betrieben hat, hat sich die Politik unter der Berufung auf den Grundsatz „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ viele Jahrzehnte geweigert, die Realität der dauerhaften Niederlassung eines großen Teils der Migranten politisch anzuerkennen. Diese „Vogel- Strauß- Politik“ (Melotti) befreite die politische Kaste von der Aufgabe eine Integrationspolitik auszuarbeiten.

Einbürgerung

Einbürgerung ist kein Gnadenakt, sondern unverzichtbarer Bestandteil einer lebendigen Demokratie in einer Einwanderungsgesellschaft. Staatsangehörigkeit und volle Bürgerrechte sind somit zentrale Erfordernisse der Integration. Hinsichtlich der Einbürgerungszahlen ist Deutschland im europäischen Vergleich hintendran. Das liegt hauptsächlich daran, dass nach wie vor der Grundsatz der Mehrstaatlichkeit gilt.

Differenzierungen zwischen Minderheiten werden natio-ethno-kultuerell bestimmt. Zum Beispiel wird der weiße US- Staatsbürger von vielen Mitgliedern der Dominanzgesellschaft weniger abweichend von dem „Standard- Deutschen“

angesehen als ein deutscher Staatsbürger, dessen Eltern aus der Türkei eingewandert sind. Eine schwarze Deutsche macht im Alltag andere Erfahrungen als eine französische weiße Einwanderin. Diese subjektiven Differenzierungen finden ihren Niederschlag in den Formulierungen von Gesetzen und Regelungen.

Nachziehende US- Amerikanerinnen, Kanadierinnen, Japanerinnen müssen im Gegensatz zu Türkinnen, InderInnen, Senegalesinnen und Kubanerinnen keinen Nachweis erbringen, die deutsche Sprache zu beherrschen.

Im Fall des Ehegattennachzuges werden die Differenzierungen besonders deutlich. Auch hier findet eine Verdrehung der immer wieder angemahnten Beachtung des Grundgesetzes statt. Eindeutig steht nach Artikel 6 des Grundgesetzes die Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Staates.

Während bei einer deutschen Eheschließung nicht gefragt wird, weshalb dieser Schritt unternommen wird, gilt bei Eheschließungen mit einer Partnerin, die durch die Eheschließung ein Aufenthaltsrecht in Deutschland erhalten würde der Grundverdacht, dass dies der Hauptzweck der Ehe ist und deshalb nicht schutzwürdig ist.

Demokratische Partizipation

Die wichtigste Form der Partizipation in westlichen Demokratien ist vor allem das aktive und passive Wahlrecht. Dies ist Staatsfremden gegenüber Staatsangehörigen vorenthalten. Das ist zwar völker- und verfassungsrechtlich zulässig, aber stellt in einer Einwanderungsgesellschaft ein Demokratiedefizit, bzw. eine Entmündigung des ausländischen Teils der einheimischen Bevölkerung dar.

Im Falle der Staatsbürgerschaft muss dafür gesorgt werden, dass möglichst die gesamte Wohnbevölkerung StaatsbürgerInnen Deutschlands sind, damit sie an Gesellschaft und Politik teilhaben können. Der Staat muss dafür Hindernisse abbauen. Hierzu zählt dass der Staat natio-ethno-kulturelle (Mehrfach) Zugehörigkeiten anerkennen muss und ihnen eine mehrfache Staatsbürgerschaft, wie sie in vielen Ländern möglich ist, erlauben muss.

Bildung

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind im gesamten Bildungsbereich durchgängig benachteiligt. Die ethnische und soziale Herkunft entscheidet wie in kaum einem europäischen und außereuropäischen Land wie erfolgreich jemand die Schullaufbahn abschließt. Eine interkulturelle Pädagogik als künftiger Pflichtbestandteil entsprechender Ausbildungs- und Studiengänge ist u.a. eine Verbesserungsmöglichkeit dieser unhaltbaren Situation.

Integrationsfördernde und gleichstellungsorientierte Sozialpolitiken stellen deshalb für die Bekämpfung der Bildungsgerechtigkeit zentrale Kriterien der Zukunftsfähigkeit dar.

Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosigkeit der Menschen mit Migrationshintergrund 2005 ist eindeutig höher: 18% vs. 10% bei Deutschen ohne Migrationshintergrund. Besonders das die Ausbildungsquote von ausländischen Jugendlichen von 34% (1994) auf 23% (2006) gesunken ist gilt als sehr bedenklich.

Das die ehemaligen ArbeitnehmerInnen mit Migrationshintergrund aus dem verarbeitenden Gewerbe kommen und besonders von dem wirtschaftlichen Strukturwandel betroffen sind, gilt als eine Erklärung.

Eine Ausnahme jedoch besteht im Dienstleistungsbereich für die schlecht bezahlten Reinigungs- Pflege- und Betreuungsdienste.

Arbeitslosigkeit führt zu einem erhöhtem Armutsrisiko: 2008 28% vs. 15%. Obwohl jeder vierte erwerbstätige Deutsche im Niedriglohnbereich arbeitet, sind es bei den AussiedlerInnen und den Nachkommen der Migranten jeder Dritte.

Eine Förderung der nachholenden beruflichen Qualifizierung ist überfällig.

Die Diskussionen um die so genannten Hochqualifizierten werden sehr ambivalent geführt. Zum einen sind sie erwünscht, weil eine ökonomische Notwendigkeit besteht. Zum anderen sind sie desto weniger erwünscht, desto mehr sie vom fiktiven „Standard-Deutschen“ abschweichen. An den im Wahlkampf 2000 von dem CDU-Ministerpräsidentenkandidat Jürgen Rüttgers losgetretene Kampagne „Kinder statt Inder“ sei hier erinnert.

Es ist wie damals in der Gastarbeiterzeit: Mit der Arbeitskraft kommt auch ein Mensch. Es ist eben bei den Hochqualifizierten neben dem Gehalt genau so wichtig das die Lebensbedingungen stimmen. Nachrichten von „ausländerfreien Zonen“ die von Nazis propagiert werden, verbreiten sich schnell und dienen der Abschreckung.

Europäische Migrationspolitik

Die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) ist die Grundlage der europäischen Flüchtlingspolitik (Kühne 2001) Die jüngste Vertreibung der Roma aus Frankreich und die rein militärische Abschottung der Grenzen mit der Verweigerung der Einreise um Asylanträge zu verhindern sprechen jedoch eine inhumane Sprache die den Grundsätzen der GFK spotten.

Die politischen Strömungen

Linke Positionen betonen das Fördern durch die Mehrheitsgesellschaft und ihren Institutionen, während rechte Positionen das Prinzip des Forderns nach Integrationsleistungen der Immigranten betonen. Multikulturalität stellt für sie in erster Linie eine Bedrohung der „nationalen“ Identität für die national konservative Sichtweise dar. Die neue Rechte pflegt den Ethnopluralismus, der den Tatbestand der Vielfalt von Kulturen, Sprachen, Sitten und Werten auch innerhalb der Aufnahmegesellschaft anerkennt. Im Unterschied zu linken Positionen wird hier jedoch nicht das Recht dazu betont, sondern die Macht und Stärke der Differenz dargestellt und der Machtkampf der vorherrschenden National- und Volkskultur als Lösung verfolgt.

Zu den gesellschaftspolitischen Optionen und Interessen, von denen Integrationspolitiken beeinflusst werden, zählen auch Kosten- Nutzen-Überlegungen.

Seit den Anschlägen des 11. September 2001 ist von den „Heimatschutz“- Bemühungen der USA eine Welle der Islamphobie über den Atlantik nach Europa geschwappt und hat bei rechten Gruppierungen offene Ohren gefunden. Unter Berufung auf innere und äußere Sicherheit ist es europaweit zu Tendenzen gekommen den Aufenthalt von Immigranten zu erschweren und Ausweisungen zu erleichtern.

Ein Beispiel des dominanten Migrations- und Integrationskurses gibt die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer (CDU) am 26.10.2008 von sich: *„In der Integration haben wir im vergangenen Jahr sehr große Fortschritte gemacht. Das dokumentieren die Bilanzierungen, die insbesondere Bund, Länder, Kommunen und auch die Wohlfahrtsverbände auf dem nächsten Integrationsgipfel vorlegen werden. Dabei helfe es aber nicht, wenn die Verbände die längst bekannte Kritik an den Rechtsänderungen zum Familiennachzug und zur Einbürgerung wiederholen würden.“*

Der Satz: *Bund Länder Kommunen und auch den Wohlfahrtsverbänden*“ entlarvt wer hier gemeint ist, nämlich die Dominanzgesellschaft. Diese sind auch vermutlich mit *wir* gemeint. Es ist hier ziemlich offensiv ausgesprochen, dass Kritik von Migrantinnen (verbänden) nicht gewünscht ist.

Segregation von Einwanderungsgruppen

Am 23.8.1996 behauptete Wilhelm Heidmeyer in einem Interview der Zeit zum ersten mal, dass Migranten in Deutschland in einer **Parallelgesellschaft** lebten.

Ohne empirische Belege für diese Behauptung wurde dies zum Kampfbegriff. Die Rede von Parallelwelten ist politisch folgenlos, sie dient nur der Diskriminierung

Wie inzwischen eine ganze Reihe von Studien nachgewiesen haben, sind Einwanderungsgruppen in Deutschland in vergleichsweise geringem Maß segregiert - weniger als es in Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden und Schweden der Fall ist, von den USA ganz zu schweigen.

Nimmt man die Maßstäbe, die Migrationsforscher der großen Zuwanderungsländer USA oder Kanada benutzen, um eine ethnische Nachbarschaft zu bestimmen, dann müsste eine einzelne ethnische Minderheit mindestens 30-40% der Bewohner in einem Quartier stellen. So hohe Anteile finden wir in deutschen Städten kaum. In Berlin liegen die höchsten Anteile der größten Minderheit, der Türken, bei 25% in bestimmten Gebieten in Kreuzberg oder im Wedding, aber bereits in Neukölln wo besonders der SPD- Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky mit seiner Ausländerhetze agiert, liegt der höchste Anteil bei lediglich 17%.

In Stadtteilen, in denen ein Großteil der Wohnbevölkerung aus Eingewanderten besteht, sind vielfach „Ausländerschulen“ und Ausländerklassen entstanden. Kinder die sie besuchen, haben in der Regel deutlich schlechtere Chancen im Hinblick auf ihre weitere Bildungsaussichten. Durch Schaffung von Bekenntnisschulen (in der Regel evangelisch oder katholisch) wird die Segmentierung verstärkt Die evangelische Bekenntnisschule in Kahl, mit Schülern aus Hanau, ist das regionale Beispiel. Es ist eine wichtige Aufgabe der kommunalen Politik solche Zustände auszugleichen, bzw. durch die Einrichtung von Beratungs- und Hilfestellen den spezifischen Bedürfnissen der dort lebenden Bevölkerung gerecht zu werden.

Leitbild für die Stadtteil- und Quartiersentwicklung ist die Schaffung und Sicherung sozial und ethischer Quartiere- so steht es geschrieben in dem Integrationsplan der Bundesregierung (S.112). Wie dies realisiert werden soll- kein einziges Wort- !

Das Jugendhilfesystem in Deutschland ist traditionell durch eine enge Verflechtung zwischen freien und öffentlichen Trägern geprägt. Die Vorstellungen der Pluralität beinhalten zu wenig die Vorstellungen der Menschen mit Migrationshintergrund. Bund, Länder und Kommunen treten bisher nicht oder nur ansatzweise in eine Diskussion hinsichtlich der Berücksichtigung von Interessen dieser Gruppen ein.

Bei marktförmig organisierter Wohnungsversorgung wohnen die Reichsten und die Ärmsten am stärksten segregiert – allerdings aus unterschiedlichen Gründen: Die Reichen wohnen wo sie wollen, die Armen wo sie müssen!

Die gleiche Freiheit

Viele Debatten im politischen Raum über Integration verlaufen kontrovers und wenig zielorientiert. Jeder von uns hat die Möglichkeit in der alltäglichen Diskussion einen kleinen Beitrag zu leisten, um sich nicht von dem menschenrechtlichen Ideal der „**gleichen Freiheit**“ zu entfernen, sondern dies als den Polarstern einer humanen und zukunftsfähigen Integrationspolitik zu verstehen.